

Von der Alltagsmeinung zum politischen Urteil

Herausforderungen für die Politische Bildung

Ein Selbstverständnis von Politischer Bildung, welches Bürgerinnen und Bürger als Akteure politischen Handelns begreift und dieses als Voraussetzung der Wahrung und Umsetzung demokratischer Kultur versteht, kommt nicht umhin, die individuelle Urteilskompetenz von Schülerinnen und Schülern als Intention politischen Lernens zu erachten. Eine am Leitbild des urteilsfähigen Bürgers ausgerichtete Politikdidaktik vermittelt die erforderlichen politischen Kenntnisse zur Teilhabe an der politischen Öffentlichkeit und schafft dadurch die notwendige Voraussetzung für den gedeihlichen Fortbestand der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie (vgl. Juchler 2005, 108). Der demokratiefähige Bürger muss daher immer auch ein urteilsfähiger Bürger sein. Selbstbestimmt und ohne Leitung eines anderen zu denken, sich um eine eigene Beurteilung zu bemühen und diese gegebenenfalls auch öffentlich zu vertreten, unterscheidet demokratische Bürgerinnen und Bürger vom affirmativen Verhalten der Bewohner des Obrigkeitsstaats (vgl. Breit 2002, 148 f.). Allerdings erscheint gerade die unterrichtspraktische Umsetzung dieser Zielvorstellung als das schwerwiegendste Problem politischer Lehr-Lernprozesse überhaupt: „Politische Urteilsbildung im Unterricht zu initiieren, ist offensichtlich ein ganz schwieriges Geschäft“, bestätigt auch Kurt Lach, selbst Politiklehrer und Fachseminarleiter in einem Interview mit dem Politikdidaktiker Hans-Werner Kuhn (vgl. Kuhn 2003, 137 ff.).

Hierfür verantwortlich ist die Unterschiedlichkeit von der Bewertung politischer Prozesse im Alltag (Alltagsmeinung) und dem fachlichen Anspruch der Urteilsbildung (politisches Urteil). So ist

im alltäglichen Sprachgebrauch der Terminus des politischen Urteils unüblich. Der Begriff der „Meinung“ hat hier Vorrang. Im alltäglichen Gespräch, der Diskussion am Arbeitsplatz, Freundeskreis oder in der Familie wird man danach gefragt, wie man die aktuellen politischen Entwicklungen findet, was man von der momentanen Situation hält oder eben welche Meinung man zur aktuellen Lage hat. Vom Urteil ist selten bis nie die Rede. Die mit dem Urteilsbegriff einhergehenden juristischen Konnotationen lassen ihn für den Alltag offensichtlich unbrauchbar erscheinen:

- ▶ Der Urteilsbegriff bringt Finalität zum Ausdruck, die man im Alltag eher vermeidet.
- ▶ Der Urteilsbegriff impliziert einen Prozess der intensiven Auseinandersetzung mit dem Gegenstand des Urteils, dem man sich im Alltag nicht gewachsen fühlt.

Landläufig könnte man formulieren: „Meine Meinung sagen, gerne. Urteilen lieber nicht!“

Dies führt unweigerlich zu Problemen für die schulische Politische Bildung, die mit dem Auftrag ausgestattet ist, genau diese aus alltäglicher Perspektive skeptisch betrachtete politische Urteilskompetenz anzubahnen (vgl. die Kompetenzentwürfe von GPJE 2004 und Grammes, Behrmann, Reinhard 2004).

Die Alltagsmeinungen von Schülerinnen und Schülern entsprechen folgerichtig selten den qualitativen Anforderungen eines, aus fachdidaktischer Perspektive, angemessenen Urteils. Vielmehr sind Alltagsmeinungen geprägt von

- ▶ subjektiver Betroffenheit (Habe ich überhaupt etwas mit dem Problem, der Entscheidung usw. zu tun? Ist es für mich wichtig oder unwichtig?)
- ▶ individuellen Bedürfnissen und Interessen (z. B.: Bringt mir eine politische Entscheidung mehr Nutzen oder bringt sie mir mehr Nachteile?)
- ▶ abstrakten moralischen Werten (z. B.: Halte ich das Ergebnis für schlecht oder für gut?)
- ▶ ideologischen Versatzstücken (Entspricht eine bestimmte Entscheidung oder ein bestimmter Lösungsvorschlag meinem Weltbild?)
- ▶ Sympathien und Vertrauen für Personen (z. B.: Ist mir der Akteur, der eine bestimmte Politik vertritt, sympathisch? Habe ich das Vertrauen zu ihm, dann finde ich die Politik gut, ist dies nicht der Fall, finde ich die Politik schlecht)

Diesen in der Tendenz monoperspektivischen, moralisierenden und trivialisierenden Alltagsmeinungen stehen fachdidaktische

Modelle gegenüber, die eine bipolare und multiperspektivische Ausdifferenzierung von Urteilen zum Standard erheben (vgl. nachstehend exemplarisch das Modell von Massing 2003, 93).

Pointiert lässt sich die Differenz zwischen Alltagsmeinung und Politischem Urteil wie folgt darstellen (vgl. Tab.).

Eigene empirische Untersuchungen legen diesbezüglich nahe, dass Lehrerinnen und Lehrer zur Überbrückung dieser ohnehin vorhandenen Verschiedenheit didaktisch-methodische Denkfiguren¹ entwickeln, die den eigentlich angestrebten Kompetenzzuwachs im Lernparadigma der Urteilsbildung noch zusätzlich erschweren (vgl. Klee 2008, 214 f.). Aus der Konsequenz dieser Denkfiguren werden nachfolgend Herausforderungen skizziert, die als zentral für die fachdidaktische Vermittlung politischer Urteilsbildung im Rahmen der Professionalisierung von Lehrerinnen und Lehrern angenommen werden können:

Die nachfolgend exemplarisch dargestellten Befunde zeigen, dass innerhalb der explizierten Vorstellungen von Lehrerinnen und Lehrern eine Unvereinbarkeit zwischen der Erfahrungs- und Wissensorientierung im Hinblick auf das Lehren und Lernen von politischer Urteilsbildung zu identifizieren ist. Die hier aufgezeigten

	Alltagsmeinung	Politisches Urteil
Wertgrundlage	Tradierte Wertvorstellungen, soziale Gruppe	Generalisierte Wertnormen, demokratische Grundwerte
Perspektiven	Egozentrisch	Multiperspektivisch
Begründungsarchitektur	Monokausal	Komplex
Wissensgrundlage	Erfahrungswelt	Fachwissenschaft

Denkfiguren „Abstraktes Lernen“ „Erfahrungsbezogene Legitimation“ und „Sozialisationsorientierte Kompensation“ stehen einander gegenüber. Diese Feststellung lässt sich insgesamt als zentrale Barriere alltagsdidaktischer Vorstellungen verorten. Alle Vorstellungen der interviewten Lehrerinnen und Lehrer akzentuieren die Notwendigkeit erfahrungsbasierter Zugänge während gleichzeitig Vorstellungsmuster erkennbar werden, die auf die Notwendigkeit der Vorabvermittlung von Wissen und die Verdrängung außerschulisch erworbener Wissensselemente insistieren. Erstaunlich ist, dass sich beide Vorstellungsaspekte nahezu unvermittelt gegenüber stehen und dadurch teilweise paradoxe alltagsdidaktische Konzeptionen nach sich ziehen.²

Denkfigur Abstraktes Lernen

„Und so ganz handwerkliche Dinge, dass ich mir vornehme, im neunten Schuljahr dafür zu sorgen, dass sie bestimmte Namen und bestimmte Ordnungen in unserem Land kennen, dass sie den Staatsaufbau irgendwie begreifen, dass sie also irgendwo begreifen, was in ihren Kopf ja sonst gar nicht reinkommt, die würden sich ja nie ein Urteil bilden über, was ein Bundeskanzler ist, was ein Bürgermeister ist.“

Innerhalb von alltagsdidaktischen Vorstellungen kommt dem Vermitteln von abstrakten Kenntnissen als Voraussetzung zur Beurteilung politischer Entscheidungssituationen eine übergeordnete Bedeutung zu. Daraus ergeben sich alltägliche Vorstellungsmuster, die die quantitative Anreicherung des kognitiven Repertoires von Schülerinnen und Schülern unmittelbar mit der Qualitätssteigerung der Urteilskompetenz konnotieren. Insgesamt wird betont, dass ein vorwiegend emotional geprägter und ausschließlich auf soziale Kompetenzen fokussierter Unterricht nicht ausreicht, um die Fähigkeit zur Politischen Urteilsbildung bei Schülerinnen und Schülern an-

Politisch gesellschaftliche Rationalität als Urteilsmaßstab

Zweckrationalität

Kategorie Effizienz

Zweck-Mittel-Relation

z. B. Wie schnell entfaltet die Entscheidung ihre Wirkung?
Welches Kosten-Nutzen-Verhältnis ist gegeben?
Wie hoch ist der Grad der Problemlösungsfähigkeit einzuschätzen

Wertrationalität

Kategorie Legitimität

moralisch-emotionale Anerkennungswürdigkeit einer politischen Entscheidung

z. B. In welchen Verhältnis stehen die Interessen Einzelner und die Interessen des Gemeinwohls?
Inwieweit sind die Grundsätze der Selbst- und Mitbestimmung im Urteilprozess verwirklicht? ...

zubahnen. Letztlich wird hinter all diesen Konzepten die grundlegende Vorstellung sichtbar, dass ohne die Vorabvermittlung von Wissen kein Urteil denkbar ist. Lehrende gehen dabei von einem abstrakten Wissenskontinuum aus. Die Herkunft, Vollständigkeit und Struktur der zu vermittelnden Grundkenntnisse werden dabei nicht problematisiert, sondern als scheinbar gegeben erachtet, beziehungsweise intuitiv aus der eigenen Wahrnehmung politischer Prozesse abgeleitet. Politikdidaktische oder politikwissenschaftliche Erwägungen werden dabei nicht angestellt.

Herausforderung: „Lernen in Kontexten“

Urteilsprozesse müssen als Lernprozesse verstanden werden. Dabei darf die Wissensvermittlung nicht vom Kompetenzerwerb entkoppelt werden. Im Sinne eines kontextualisierten Lernens dürfen Inhalte nicht losgelöst von politisch relevanten Situationen und Phänomenen vermittelt werden. Kontexte haben das Ziel, Fachkenntnisse für Schüler in lebenspraktisch bedeutsamen Zusammenhängen erfahrbar und zugänglich zu machen. Das Lernen in

Kontexten bindet deshalb fachliche Inhalte immer in lebensweltliche Fragestellungen (vgl. Paschmann 2003, 38 f.). Die unterrichtliche Inszenierung von politischen Prozessen darf dabei nicht den Anschein von linearen, strukturierten Abläufen mit klaren Interessensstrukturen vermitteln. Dadurch würde die in der Alltagswahrnehmung zu Tage tretende Gleichzeitigkeit, Vielschichtigkeit und (Über-)Komplexität von Politiken nicht ausreichend thematisiert. Urteilsbildung wird dann als akademische Fingerübung wahrgenommen, während die Alltagsmeinung davon unberührt bleibt.

Denkfigur Sozialisationsorientierte Kompensation

„... ein Großteil der Schüler ist oberflächlich medienorientiert, in der Regel wirklich nur oberflächlich, was heißt oberflächlich, so Schlagzeilen-Informationen sind das. Die stellen das größte Problem eigentlich dar. Ich habe auch den Eindruck, dass von Seiten der Eltern, aber das ist nur ein Eindruck, ich kann das nicht wirklich nachprüfen, also ich habe den Eindruck, dass da auch wenig Einflüsse von Seiten der Eltern vorhanden sind. Ich glaube Politik spielt bei dem größten Teil unserer Schüler eine

geringe Rolle im täglichen Gespräch mit anderen.“

Nach den Vorstellungen von Lehrenden gründen die vorhandenen Lernvoraussetzungen von Schülerinnen und Schülern unmittelbar auf außerschulischen Sozialisationsprozessen. Die anzutreffenden lebensweltlichen Vorprägungen werden dabei durchweg als Gefährdung für die Urteilskompetenz wahrgenommen. Die Beschäftigung und Auseinandersetzung mit sozialisatorischen Vorbedingungen messen die Lehrenden einen zentralen Bestandteil ihrer Tätigkeit als politische Bildnerinnen und Bildner zu. Dabei verfolgen sie die Zielsetzung, Schülerinnen und Schülern ihre außerschulisch generierten Vor-Urteile bewusst zu machen und dadurch Politische Urteilsbildung zu qualifizieren, beziehungsweise anzubahnen.

Herausforderung: „Politik im Alltag“

Lehrerinnen und Lehrer sind zu einem großen Maß von dem Anspruch geleitet, außerschulische und alltagsweltliche Defizite zu kompensieren. Die ohnehin vorhandene gesellschaftliche Erwar-

tungshaltung an Politische Bildung wird so durch das eigene Anspruchsdenken der Lehrenden potenziert. Das dabei wahrgenommene Scheitern des zum Teil selbstauferlegten Bildungsauftrags führt bei Lehrerinnen und Lehrern insgesamt zu einem defizitären didaktischen Selbstverständnis und zur Ablehnung fachdidaktischer Innovationen, die als weitere Überforderung interpretiert werden. Fachdidaktische Überlegungen müssen daher besonderes Augenmerk auf die Legitimation alltagsweltlicher Zugänge zum Politischen legen. Dadurch könnten sie einen Ausweg aus dem dichotomischen Verhältnis von Wissen und Erfahrung aufzeigen. Alltagsdidaktiken müssten dabei von der in der Denkfigur „Sozialisationsorientierte Kompensation“ angelegten Befürchtung befreit werden, durch die Bezugnahme auf die Lebenswirklichkeit der Lernenden den Kern des Politischen zu verfehlen.

Denkfigur Erfahrungsbezogene Legitimation

„Und das kann man dann eigentlich nur an schulinternen Dingen aufhängen, dass man sie dazu bewegt, sich zu interessieren oder an Dingen, die in ihrem näheren Umfeld passieren. Alle Themen, die sie selbst ansprechen, also wo sie sich auskennen von ihrer eigenen Erfahrung her. Es darf auch nie weitergehen als diese Erfahrung, die sie selber mitbringen, weil diese Vorstellungskraft nicht da ist.“

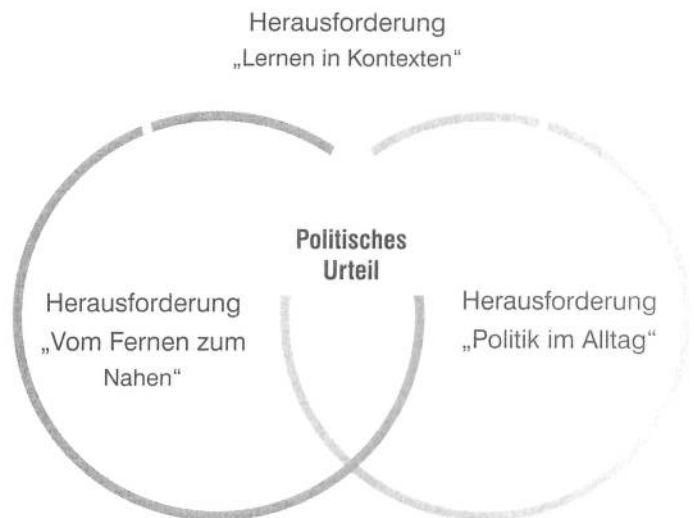
Lehrerinnen und Lehrer verfügen über alltagsdidaktische Vorstellungskonzepte, die die Bedeutsamkeit erfahrungs- und alltagsorientierter Ansätze betonen. Politikunterricht, der die Kompetenz zur Urteilsbildung vermitteln will, muss nach diesen Vorstellungen immer an Erfahrungen ansetzen sowie bedeutsame Themen und persönliche Betroffenheiten aufgreifen. Nur so kann es gelingen, Schülerinnen und Schüler überhaupt für Politik zu interessieren. Die interviewten Lehrerinnen und Lehrer betonen dabei

eine Unterrichtspraxis, die intendiert, die vorhandenen Lernvoraussetzungen von Schülerinnen und Schülern unmittelbar aufzugreifen und sie zum Gegenstand und Ausgangspunkt der unterrichtlichen Auseinandersetzung zu machen.

Herausforderung: „Vom Fernen zum Nahen“

Den Ausgangspunkt des Erwerbs von Urteilskompetenz in der individuell vorhandenen Betroffenheit der Lernenden zu suchen, erscheint unmittelbar einleuchtend und gilt landläufig als probates didaktisches Instrument. Im Hinblick auf die politische Urteilsbildung muss allerdings festgestellt werden, dass bereits vorhandene Alltagsmeinungen stets viablere Erklärungsmuster repräsentieren werden. Erst wenn die Urteilskompetenz erweitert wurde und Techniken wie Perspektivenwechsel, Identifikation der Akteure und ihrer Interessen, bipolare Struktur von Effizienz und Legitimität u. a. handlungsleitend sind, sollten Urteilsituationen aus dem Erfahrungsraum thematisiert werden. Die Faustregel „vom Nahen zum Fernen“ ist im Hinblick auf die Politische Urteilsbildung umzukehren.

Die hier dargestellten Herausforderungen sollen und wollen kein Rezept für die Vermittlung politischer Urteilskompetenz liefern. Vielmehr liefern sie einen Reflexionsrahmen, der es ermöglicht, unterrichtspraktische Schwierigkeiten innerhalb dieses Lehr-Lernparadigmas aus fachdidaktischer Perspektive zu problematisieren. Das Spannungsverhältnis zwischen den einzelnen Herausforderungsbereichen bildet zu Teilen die Komplexität unterrichtspraktischer Prozesse ab und liefert ein erstes Koordinatensystem zur Auslotung von Schwierigkeiten und Entwicklungspotentialen der fachdidaktischen und unterrichtspraktischen Fokussierung der Politischen Urteilsbildung.



Anmerkungen

- Denkfiguren werden hier als vielschichtige Modelle der Interpretation und Identifikation von politikdidaktischen Handlungsmöglichkeiten in Kontext der Politischen Urteilsbildung verstanden. Sie stellen Grundsätze alltagsdidaktischer Vorstellungen dar und beziehen sich auf einzelne Lehr-Lern-Episoden der Vermittlungspraxis. Es wird somit angenommen, dass Denkfiguren typisierende und verallgemeinernde Kategorien bilden und im Bezug auf die Reflexion und Antizipation von Vermittlungsprozessen erklärenden Charakter haben. Illustrierend sind den jeweiligen Denkfiguren exemplarischen Passagen aus den Interviewtranskripten vorangestellt.
- Die Relevanz von Cross-Pressure-Strukturen für die generelle wechselseitige Relevanz von Theorie und Praxis der Politischen Bildung ist ausführlicher nachzulesen in Klee 2008, 227 f.

Literatur

- Behrmann, Günther; Grammes, Tilmann, Reinhardt, Sibylle (2004). Politik: Kern-Curriculum Sozialwissenschaften in der gymnasialen Oberstufe. In: Tenorth, Heinz-Helmar (Hg.): Kerncurriculum Oberstufe II. Weinheim/Basel, 322–406
- Breit, Gotthard (2002). Mündigkeit als Ziel des Demokratie-Lernens. Konsequenzen aus der Geschichte des deutschen Obrigkeitsstaates für den Schul- und Politikunterricht. In: Ders. / Schiele, Siegfried (Hg.). Demokratie-Lernen als Aufgabe der politischen Bildung. Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts., 133–159
- GPJE (Hg.) (2004). Nationale Bildungsstandards für den

- Fachunterricht in der Politischen Bildung an Schulen. Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.
- Juchler, Ingo (2005). Demokratische und politische Urteilstkraft. Überlegungen zu einer normativen Grundlegung der Politikdidaktik. Wochenschau-Verlag, Schwalbach/Ts.
- Klee, Andreas (2008). Entzauberung des Politischen Urteils. Eine didaktische Rekonstruktion zum Politikbewusstsein von Politiklehrerinnen und Politiklehrern. VS Verlag, Wiesbaden
- Kuhn, Hans-Werner (2003). Urteilsbildung im Politikunterricht. Ein multimediales Projekt. Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.
- Massing, Peter (1997). Kategorien politischen Urteils und Wege zur politischen Urteilsbildung. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Politische Urteilsbildung. Aufgabe und Wege für den Politikunterricht, Bonn, 115–131
- Massing, Peter (2003). Kategoriale politische Urteilsbildung. In: Kuhn, Hans-Werner: Urteilsbildung im Politikunterricht. Ein multimediales Projekt. Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts., 91–108
- Paschmann, Antje (2003). Chemie im Kontext: Die Ozeane. Entwicklung und Erprobung einer experimentellen Konzeption zur Erarbeitung chemischer Grundlagen. DIZ, Oldenburg